

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 parlamentsdienste@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

M 059/2003 (FD)

**Motion Fraktion SVP: Stellenabbau bei der Kantonalen Verwaltung Solothurn (06.05.2003)**

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten mit dem Ziel, bis Ende 2014 den Stellenplafond in der kantonalen Verwaltung auf den Stand im Jahr 1995 gemäss der Statistik der kantonalen Pensionskasse Solothurn (ohne Anschlussmitglieder) zu reduzieren. Der Stellenabbau liegt somit zwischen 500 – 700 Stellen. Er ist in erster Linie mittels natürlichen Abgängen zu realisieren. Der angestrebte Stellenabbau, die Kostenfolge daraus und die Konsequenzen in Bezug auf wegfallende kantonale Dienstleistungen (Quantitäts- und Qualitätsverlust) ist nach der personellen Hierarchie unbedingt von «oben nach unten» und ohne Tabus aufzuzeigen. Im strukturellen Bereich seien erwähnt: z.B. die Privatisierung einzelner Spitäler, Outsourcing von Ämtern und/oder bisherigen kantonalen Aufgaben (bisherige Kernaufgaben??) usw.

*Begründung:* 06.05.2003 (schriftlich)

1. Seit 1998 beträgt die Nettoschuld im Kanton Solothurn durchschnittlich ca. 1 Milliarde Franken, obwohl die Steuererträge im gleichen Zeitraum von damals rund 504 Mio. Franken auf heute 636 Mio. Franken angestiegen sind. Demzufolge hat der Kanton Solothurn mittel- und langfristig eine Nettoschuld von insgesamt 1.1 Mia. Franken abzubauen.
2. Sämtliche Reform- und Sanierungsprojekte wie: Schlanker Staat, Struma 1997 – 1999 inklusive das Projekt SO+ führten bis heute zu keinem unmittelbaren Schuldenabbau. Immerhin haben diese Massnahmen eine noch unerträglichere zusätzliche Erhöhung des Schuldenberges in dreistelliger Millionenhöhe verhindern können.
3. Generelle Steuererhöhungen mit oder ohne Zweckbindung (zum Beispiel für den direkten Schuldenabbau) sind im Kanton Solothurn in den nächsten Jahren aus der Sicht der sehr schwierigen Wirtschaftslage für unseren Mittelstand, das Gewerbe und die Industrie, absolut chancenlos.
4. Auf die Frage nach den Kernaufgaben unseres Kantons hat die Regierung selbst nach mehreren Hinweisen aus allen bürgerlichen Fraktionen bis heute keine schlüssigen Antworten geliefert. Diesem Anliegen muss nun mit dieser Motion und mit nachhaltigem politischen Druck zum Durchbruch verholfen werden. Ein Stellenabbau aus der beschriebenen Optik ist daher eine unumgängliche Zusatzmassnahme zur Gesundung der Finanzlage unseres Kantons innerhalb der nächsten zehn Jahre.
5. Wir erwarten aus sämtlichen Departementen eine übersichtliche Darstellung laut Vorgaben im Motionstext. Daraus sollen sich für das Parlament und die Regierung nachvollziehbare Erkenntnisse und Entscheidungsgrundlagen zu allen möglichen Strukturanpassungen in der kantonalen Verwaltung ergeben.
6. Nach unseren Berechnungen ergeben sich mit dieser Stellenplafonierung inklusive allfälliger Sozialpläne zusätzliche jährliche Einsparungen für den Kanton von ca. 60 – 80 Mio. Franken. Diese Zahlen basieren auf einer Analyse der Jahresrechnungen der letzten zehn Jahre, statistischem Material aus der kantonalen Verwaltung und der Vorlage SO+-Massnahmen (Nr. 117/2000). Auch Überlegungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage in der übrigen Schweiz sind mitberücksichtigt worden.

*Unterschriften:* 1. Kurt Küng, 2. Heinz Müller, 3. Rolf Sommer, Beat Balzli, Hansjörg Stoll, Hugo Huber, Peter Müller, Walter Mathys, Theo Stäuble, Michael Vökt, Esther Bosshart, Beat Ehram, Ursula Deiss, Hans Rudolf Lutz, Herbert Wüthrich, Reto Schorta, Peter Lüscher, Walter Wobmann. (18)